

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 30.5.2011

Sitzungsort: Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 17.10 Uhr.

Ende der Sitzung um 20.10 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen
- Gerharz
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Jung, Heinz
- Dr. Petran

- vom Hagen
- Mäsgen

- Pitz

- Dr. Heermann

- Riedel

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- Schiffer
- J.v. Bothmer
- Kuhl
- Nies
- Pohl-Theisen
- Radermacher
- Uenzen
-
-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

-
-
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- CDU Vetterling
- CDU Boley
- CDU Stilz
- CDU Dr. Dahm
- CDU Ehrenstein
- CDU Fischer
- CDU Dr. Frantzioch-Immenkeppel

- SPD Hans
- SPD Hepp
- SPD Kirf
- SPD Köllejan

- Grüne Pohl
- Grüne Pütz
- Grüne Rau

- FDP Simons

- fw/bVb Grafe

- LINKE Weesbach

- Blanke
- Jung, E.

- Klein
- Richter

- Vilkmann

- Weitz

Bürgermeister
Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer
Beigeordneter

GLB

FB 20

I/1

I/3

FB 20

01/1

- Bortlitz-Dickhoff

- Konertz

- Niclasen

- Dr. Tieke

- Weber

- Brämer

- Müller-Neimann

- Wehr

- Baule

- Bohlken

- Mainzer

- Sauer

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

SPD

Grüne

Grüne

Grüne

Grüne

Grüne

FDP

FDP

FDP

fw/bVb

fw/bVb

fw/bVb

LINKE

A) Öffentlicher Teil	4
1. Niederschriften vom 21.3. und 16.5.2011	4
2. Mitteilung über Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Gemeindeordnung NRW	5 5
2.1 Rampe im Schlossparkstadion	5
Bezug: Schreiben Theodor Zimmermann vom 3.5.2011	5
Vorlage-Nr. 40/02 s und 40/02 t	5
3. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012	6
Bezug: HA 16.5.2011	6
Vorlage-Nr.	6
3.1 Zweite verwaltungsseitige Fortschreibung	6
Vorlage-Nr. 9/11 m	6
3.2 „Service-Center“	6
Vorlage-Nr. 164/87 am	6
3.3 Gebührenkalkulation	10
Vorlage-Nr. 24/11	10
3.4 Stellenplan	11
Bezug: HA 16.5.2011	11
Vorlage-Nr. 9/11 h	11
3.5 Abstimmung der seitens der Fraktionen gestellten Anträge zum Haushalt	11
hierzu auch: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 9.5.2011 zur	11
Straßenbeleuchtung Radweg Willy-Brandt-Straße	11
Vorlage-Nr. 9/11 n	11
4. Ergebnis Verschuldungsdiagnose	11
Vorlage-Nr. 23/11	11
5. Anfragen	11
5.1 Sondersatzungen Dichtheitsprüfungen	11
5.2 Taschendiebstähle Wochenmarkt Balthasar-Neumann-Platz	11
5.3 Fußweg rund um den Heider Bergsee	12
5.4 Schulsozialarbeiterstelle Grundschulen	12
5.5 Kantine	12

B) Nichtöffentlicher Teil	13
6. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012	13
hier: Erläuterungen zum Stellenplan	13
Bezug: HA 16.5.2011	13
Vorlage-Nr. 9/11 i	13
6. Mitteilung	14
6.1 Stundungen	14

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf die ausgelegte Tischvorlage Nr. 40/02 t. Es handele sich um den Bürgerantrag von Herrn Theodor Zimmermann. Da Herr Zimmermann seinem Antrag sein Schreiben vom 7.7.2010 nochmals beigefügt habe, sei der eigentliche Antrag irrtümlich nicht mit verschickt worden. Dieser liege nun vor.

1. Niederschriften vom 21.3. und 16.5.2011

Zur Niederschrift vom 16.5.2011 weist **stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) darauf hin, dass Herr Pitz entgegen der Zitierung auf S. 3 der Niederschrift nicht vorgeschlagen habe, die Erläuterungen wieder in den eigentlichen Haushaltsplan zu integrieren; vielmehr habe er gemeint, dass die Sachkontendarstellung aus Band 3 in Band 1 einfließen solle. Die Erläuterungen selbst sollten allerdings in einem separaten Band bleiben. Herr Pitz bitte daher um Korrektur.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) vermisst in der Niederschrift seine Anfrage hinsichtlich der Straßenverschmutzung durch den Kiesgrubenverkehr im Gewerbegebiet Brühl-Ost sowie hinsichtlich der Auswirkungen des neuen Runderlasses „Kredite“ und die entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltung dazu.

Anmerkung der Schriftführerin:

§ 27 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ratsausschüsse der Stadt Brühl legt die Pflichtinhalte der Sitzungsniederschrift fest. Danach ist grundsätzlich lediglich ein Beschlussprotokoll zu fertigen. Über diese Vorschrift hinaus wird allerdings grundsätzlich ein Verhandlungsprotokoll gefertigt. Auch unerledigte Anfragen oder Anregungen und Vorschläge werden selbstverständlich in die Niederschrift aufgenommen. Anfragen, die unmittelbar in der Sitzung beantwortet und damit erledigt sind, werden nicht nochmals protokolliert. Insbesondere im Rahmen der umfangreichen Beratung der Haushaltssatzung wird hierauf verzichtet (s. auch entsprechender Hinweis auf S. 4 der Niederschrift vom 16.5.2011).

Gemäß § 27 Abs. 3 der Geschäftsordnung kann allerdings jedes Ratsmitglied in der Sitzung verlangen, dass seine Äußerungen sinngemäß oder wörtlich zu Protokoll genommen werden. Es wird daher nochmals gebeten, einen entsprechenden Hinweis zu geben, falls man auf die Protokollierung bestimmter Äußerungen Wert legt.

Ergänzung zur Niederschrift über die HA-Sitzung am 16.5.2011:

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) weist auf die starke Straßenverschmutzung im Gewerbegebiet Brühl-Ost durch den Kiesgrubenverkehr hin und fragt, wie man dieses Problem lösen könne.

Beigeordneter Schiffer weist darauf hin, dass man die Lkws aus der Kiesgrube bisher nicht definitiv als Verursacher hätte ausmachen können. Die unbefestigte Rabatte gegenüber der zweiten hinteren Ausfahrt sei von anderen Lkws bisher regelmäßig als Abstellplatz genutzt worden. Dies habe ebenfalls wesentlich zu einer Verschmutzung beigetragen. Inzwischen habe man diese Fläche abgepollert, so dass künftig genau festgestellt werden könne, ob die Verschmutzung aus der Kiesgrube komme. Erst dann könne man an den Betreiber herantreten und diesen zur Reinigung auffordern.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) verweist auf die Änderungen aufgrund des „Runderlasses über Kredite“ und fragt, ob diese Auswirkungen auf Brühl hätten.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass bisher die Kredite zur Liquiditätssicherung, vormals Kassenkredite, beschränkt gewesen seien auf maximal 5 Jahre. Diese Frist sei nun auf 10 Jahre verlängert worden. Dies nehme Brühl nicht in Anspruch.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) macht darauf aufmerksam, dass der Vorschlag seiner Fraktion, den unter 56 „Umweltschutz“, Sachkonto 785200 „Ökokonto“ angesetzten Betrag in Höhe von 128.000,00 € zu nutzen für den Grüngürtel zwischen Phantasialand und Bebauung, lediglich als Anregung auf S. 10 der Niederschrift festgehalten worden sei. Es habe sich allerdings um einen offiziellen Antrag gehandelt, der im Rahmen der Abstimmung unter TO-Pkt. 3.5 aufgerufen werden müsse.

Unter Berücksichtigung der genannten und protokollierten Anmerkungen zur Niederschrift werden gegen die Fassung der Niederschriften vom 21.3. und 16.5.2011 keine weiteren Einwände erhoben.

2. Mitteilung über Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Gemeindeordnung NRW

2.1 Rampe im Schlossparkstadion

Bezug: Schreiben Theodor Zimmermann vom 3.5.2011

Vorlage-Nr. 40/02 s und 40/02 t

Erster Beigeordneter Brandt führt aus, dass das Thema „behindertengerechtes Schlossparkstadion“ bereits mehrfach behandelt worden sei. Aufgrund der Darstellung von Herrn Zimmermann könnte der Eindruck erweckt werden, dass die Verwaltung nicht in ausreichendem Maße reagiert habe. Er wolle daher klarstellen, dass die Verwaltung stets zu den Vorwürfen von Herrn Zimmermann Stellung genommen habe und darüber hinaus mehrfach mit Herrn Zimmermann auch vor Ort gesprochen worden sei. Darüber hinaus seien der Behindertenbeauftragte sowie die entsprechende Arbeitsgemeinschaft einbezogen worden. Fest stehe, dass sämtliche Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen an eine barrierefreie Bauweise im Schlossparkstadion zwischenzeitlich zum Abschluss gebracht werden konnten und die bauordnungsrechtliche Schlussabnahme erfolgt sei. Sowohl die WC-Anlage als auch die vom Sportheim abgehende Rampe, die nachträglich mit einem beidseitigen Geländer und Radabweiser versehen wurde, sind fertig gestellt. Von daher seien alle Rahmenbedingungen erfüllt und die Verwaltung könne sich nicht erklären, was Herr Zimmermann mit seinen erneuten Forderungen erreichen wolle.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) stellt fest, dass eine Verweisung an den Sportausschuss s. E. wegen Unzuständigkeit nicht korrekt sei. Unabhängig davon seien offensichtlich aber alle Rahmenbedingungen erfüllt, so dass er keinen weiteren Handlungsbedarf sehe.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) gibt zu bedenken, dass Herr Zimmermann möglicherweise die Größe der Zwischenpodeste kritisiere.

Bürgermeister Kreuzberg weist nochmals auf die bereits erfolgte bauaufsichtliche Abnahme hin.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) kann ebenfalls nicht erkennen, welchen weiteren konkreten Mangel Herr Zimmermann in seinem Antrag vom 3.5.2011 anmahnt.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt nochmals, dass alle Mängel abgestellt seien. Zusätzlich habe man noch die Möglichkeit geschaffen, dass ein in seiner Bewegungsfähigkeit eingeschränkter Besucher per Wagen in das Stadion einfahren könne und so auf eine andere Ebene gelangen könne. Er schlage daher vor, heute eine Entscheidung über den Antrag zu treffen.

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag von Herrn Theodor Zimmermann vom 3.5.2011 ab, die Rampe zu den Sportstätten und Sozialräumen im Schlossparkstadion so umzubauen, dass eine Nutzung von Menschen mit Behinderung möglich ist, unter Hinweis auf die in diesem Sinne erledigten Maßnahmen.

- einstimmig -

3. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012

Bezug: HA 16.5.2011

Vorlage-Nr.

3.1 Zweite verwaltungsseitige Fortschreibung

Vorlage-Nr. 9/11 m

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Erster Beigeordneter Brandt weist auf eine notwendige Ergänzung hin. Im Bereich Kunst- und Musikschule sei zum Jeki-Projekt unterlassen worden, den Anteil der hauptamtlichen Kräfte herauszurechnen. Hier müsse aus diesem Grunde noch ein Anteil von 42.000,00 € dem Schuletat zugewiesen werden.

Beigeordneter Schiffer verweist auf die Fortschreibung zur Kostenstelle 11 10 00 00 mit der Erläuterung „Kostenschätzung bei Auslagerung der Datev-Software nach Nürnberg ab August 2011“. Man schlage vor, das gesamte Thema einschließlich der aufgeworfenen Frage hinsichtlich der weiteren Mitgliedschaft in der KDVZ separat zu behandeln und als Grundlage ein neues IT-Konzept zu erstellen. Er bitte daher, die bisherigen Ansätze so zu belassen, mit einem Sperrvermerk zu Gunsten des Hauptausschusses zu versehen und in ca. einem halben Jahr erneut zur Debatte stellen.

Die Fraktionen erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

3.2 „Service-Center“

Vorlage-Nr. 164/87 am

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) zeigt sich erfreut über die Vorlage, die in den Erläuterungen zum einen die Vorschläge seiner Fraktion aufgreifen sowie das Konzept weiter fortschreibe. Genaueres müsse man nun noch über die Kostendarstellung im Haushalt erfahren. Hinsichtlich des Beschlusssentwurfes beantrage seine Fraktion eine Konkretisierung dahingehend, dass man hinter Buchstabe a) ergänze: „und diesen mit den Planungen für den Janshof abzustimmen“. Einen weiteren Unterpunkt beantrage man hinter Buchstabe c) einzufügen: „d) einen Raumbedarfsplan für die Verwaltung sowie ein

Raumkonzept für den Neubau vorzulegen“. Abschließend beantrage man, den Hauptausschuss vorrangig mit dem Bauvorhaben zu befassen.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass man selbstverständlich einen Raumbedarfsplan erstelle, wenn die Entscheidung für einen Neubau falle. Insofern habe man dies nicht mehr ausdrücklich im Beschlussentwurf aufgeführt. Es sei allerdings kein Problem, dies noch zu ergänzen.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) gibt die als Anlage beigefügte Stellungnahmen seiner Fraktion ab und bittet um Aufnahme in die Niederschrift.

Bürgermeister Kreuzberg fragt sich, ob Herr vom Hagen nicht an den Sitzungen teilgenommen habe, in denen die Kostensituation ausführlich dargestellt und die einzelnen Alternativen gegenüber gestellt worden seien. Es seien alle Dinge offen angesprochen worden und bei der jetzigen Vorlage handele es sich um die Umsetzung des ersten Ratsbeschlusses. Er könne sich daher gar nicht erklären, gegen was sich die geäußerte Kritik richte, so dass er diese als politischen Populismus werte. Ein Raumkonzept könne logischerweise erst dann erstellt werden, wenn die Verwaltung wisse, ob es überhaupt gewollt sei, ein solches Haus zu bauen. Die Erstellung eines Raumkonzeptes sei mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden, der völlig unverhältnismäßig sei, wenn ein solches Konzept dann nicht zum Tragen komme. Von daher müsse zunächst ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, wie er in der heutigen Vorlage vorgeschlagen werde.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer (FDP) führt aus, dass das Projekt in der Verwaltungsvorlage sehr gut dargestellt und die Vorteile deutlich herausgestellt worden seien. Die FDP begrüße einen Neubau. Eine Gastronomie habe man sich nur über ein PPP-Modell vorstellen können; ansonsten sei das Risiko zu groß gewesen. Noch einmal deutlich machen wolle sie, dass insbesondere die Einbeziehung der Kundencenter von Gebausie und Stadtwerken ihrer Fraktion sehr am Herzen liege.

Abschließend fragt sie, ob es tatsächlich möglich sei, das Projekt – wie seitens der SPD-Fraktion gefordert – mit den Planungen für den Janshof abzustimmen.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu, dass der Begriff „abstimmen“ evtl. missverständlich sei.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) schlägt folgende Formulierung vor:

„... und dabei die Planungen für den Janshof zu berücksichtigen“.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) ist mit dieser Umformulierung einverstanden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) erklärt, dass seine Fraktion in Sachen Rathausneubau äußerst skeptisch sei und nicht zustimmen könne. Dies habe einzig und alleine finanzielle Hintergründe, da man befürchte, dass die Belastung für den städtischen Haushalt zu groß werde. Wünschenswert wäre auch eine genaue Kostengegenüberstellung gewesen.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) hält das derzeitige Raumkonzept für nicht angemessen. So solle nach Ansicht seiner Fraktion das brühl-info an der jetzigen zentralen Stelle bleiben und auch die Einrichtung eines Ratssaales für lediglich 5 bis 6 Sitzungen im Jahr lohne sich nicht. Insofern sei das Für und Wider nicht ausreichend behandelt worden. Auch spreche man sich für einen Bürgerentscheid in dieser Sache aus, um das Meinungsbild der Bevölkerung einzuholen. Im Hinblick auf die enorm ansteigende Verschuldung der Stadt könne seine Fraktion dem Projekt nicht zustimmen.

Bürgermeister Kreuzberg verweist nochmals auf die ausführliche Kostendarstellung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Stadtkämmerers in der vergangenen Ratssitzung. Dort seien genaue und überprüfbare Zahlen genannt worden, so dass er sich frage, wo noch Erläuterungsbedarf sei. Er macht nochmals deutlich, dass es heute zunächst nur um den

Grundsatzbeschluss gehe und - wie bei den bisherigen Baumaßnahmen auch – Einzelentscheidungen und auch die Einbeziehung der Bevölkerung selbstverständlich noch erfolgten. Er verweist auf die Projekte in der Vergangenheit und die entsprechende Handhabung und verwahrt sich gegen die Legendenbildung, dass eine Bürgerbeteiligung nicht erwünscht sei.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) stellt noch einmal ausführlich den Werdegang unter Einbeziehung der Historie dar. Schon seit Jahren diskutiere man über die Unzulänglichkeiten des Rathauses Steinweg insbesondere hinsichtlich der fehlenden Barrierefreiheit. Den vorgeschlagenen Einbau eines Aufzuges habe man bisher abgelehnt, da sich dadurch an der Gesamtstruktur des Rathauses nichts ändern würde. Darüber hinaus sei der Zustand mittlerweile so, dass Fachleute dringend anraten würden, etwas zu unternehmen. Aus diesem Grunde sei nun geprüft worden, welche Möglichkeiten es gibt und was die Haushaltslage hergebe. Natürlich sei diese prekär; der Kämmerer habe aus diesem Grunde eine deutliche und aufschlussreiche Gegenüberstellung gemacht, welche Alternativen es gebe. Man habe die Möglichkeit, alles beim Alten zu belassen, zu sanieren oder den Anbau abzureißen und neu zu bauen.

In diesem Vergleich habe der Stadtkämmerer deutlich gemacht, dass man zur Kenntnis nehmen müsse, dass die gesamte Infrastruktur in Rathaus B nicht mehr den heutigen Ansprüchen entspreche und es insofern einen dringenden Handlungsbedarf gebe. Der Kämmerer habe anhand konkreten Zahlenmaterials erklärt, dass man nicht nur die Schuldensituation sondern auch die langfristige Belastung betrachten müsse. Das vorgelegte Zahlenmaterial habe gezeigt, dass die Differenz zwischen einer Sanierungsmaßnahme, die allerdings das Ziel „Barrierefreiheit“ nicht erreiche, und einem Neubau, so gering ist, dass sich die Sanierung nicht lohne. Die einzig wirtschaftlich sinnvolle Maßnahme sei daher der Abriss und der Neubau. Die völlig logische Reihenfolge der Entwicklung dieses Projektes sei daher eingehalten. Nun stehe die Entscheidung an, welche der drei Alternativen man wähle. Wenn man sich für den Neubau entscheide, stünden selbstverständlich die nächsten Schritte an, d. h. die Erstellung eines Raumkonzeptes und die Bürgerbeteiligung. Hinsichtlich des Vorschlages, einen Bürgerentscheid durchzuführen, sei er allerdings der Ansicht, dass eine Entscheidung im Rahmen eines Bürgerentscheides nicht nach sachlichen sondern ausschließlich nach emotionalen Gesichtspunkten gefällt werde. Insofern solle sich der Rat nicht aus der demokratischen Verantwortung stellen und selbst eine Entscheidung treffen. Stolz könne man im Übrigen auf die bisherigen Projekte zurückblicken.

Auch der Vorschlag, das brühl-info an der jetzigen Stelle zu belassen, sollte überdacht werden. Zwar habe das brühl-info jetzt einen guten Platz; im künftigen „Service-Center“ habe es aber einen ebenso guten Platz und gleichzeitig könnten Synergieeffekte genutzt werden.

Alles in allem könne seine Fraktion dem stringenten Vorgehen der Verwaltung folgen und der Vorlage zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) macht nochmals deutlich, dass es in der Hauptsache um die finanzielle Situation gehe. Man habe die Befürchtung, dass durch das Projekt die Verschuldung so enorm steige, dass damit der finanzielle Spielraum zukünftiger Jahrzehnte zu stark eingeschränkt werde. Auf Dauer könnte die Stadt s. E. handlungsunfähig werden, wenn man die städtischen Gesellschaften immer weiter zur Finanzierung heranziehe.

Bürgermeister Kreuzberg macht deutlich, dass man seit Einführung von NKF im „Konzern Stadt“ lebe und die Stadt ihre Gesellschaften erst zu dem gemacht habe, was diese heute seien. Insofern verwahre er sich gegen die Vermutung, dass hier Leistungen gefährdet seien. Die Darstellung eines solchen Szenarios sei unehrlich.

Stadtkämmerer Freytag erläutert, dass es sich bei der Darstellung der Ausschüttung der Töchter an die Stadt um eine haushaltstechnische Sache handle und man die Stadt in ein Haushaltssicherungskonzept manövrieren würde, wenn man auf die Ausschüttung verzichten würde. Auch sei gesetzlich geregelt, dass auf die Gewinnausschüttung Solidaritätszuschlag sowie Kapitalertragssteuer zu zahlen sei. Die Zahlen seien allerdings eingerechnet und im Haushalt transparent.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt nochmals, in welcher Vorlage er die genaue Kostendarstellung finde und bleibt bei seiner Kritik, dass seit der ersten Vorlage in dieser Angelegenheit nichts passiert sei.

Bürgermeister Kreuzberg verweist nochmals auf die Haushaltsrede des Stadtkämmerers, die öffentlich und für jedermann zugänglich auf der Homepage einsehbar sei. Im Übrigen wisse man aus der Vergangenheit, dass er noch nie ein Projekt „im Dunkeln“ durchgezogen habe. Alle bisher verwirklichten Projekte seien ständig kommuniziert und auch über Kommunalwahlen hinweg transparent gehandhabt worden. Das, was er vorschlage, halte er für richtig, für solide und für gut für die Stadt und für deren Bürgerinnen und Bürger. Genauso stehe er auch für den Öffentlichkeitsprozess in der vorliegenden Angelegenheit. Im Sinne der repräsentativen Demokratie sei der Rat gewählt, um Entscheidungen zu treffen. Selbstverständlich sei das Ganze ein Prozess, zu dem viele ihre Meinung sagen sollten. Auch die Einbeziehung von notwendigem Sachverstand sei für ihn selbstverständlich. Insofern verwehre er sich vor der Unterstellung, dass dies künftig anders gehandhabt werde. Er sei von dieser Meinung auch persönlich enttäuscht, da man genau wisse, dass dies nie so sein werde. Die Vorwürfe seien daher unerhört.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bestätigt, dass man die Möglichkeit gehabt habe, im Vorfeld auf die Maßnahme parlamentarisch einzuwirken. So habe es sowohl eine Versammlung des Ältestenrates und anschließend auch eine Vorstellung für alle Ratsmitglieder gegeben. In den anschließenden Haushaltsreden des Bürgermeisters und des Stadtkämmerers sei das Projekt öffentlich und ausführlich dargestellt und mit Zahlen belegt worden. Im Rahmen der nachfolgenden Diskussionen sei die Anregung geäußert worden, auf das Restaurant zu verzichten. Dieser Anregung sei die Verwaltung nun gefolgt. Ganz wichtig auch im Hinblick auf den bestehenden Bildungsauftrag sei für seine Fraktion die Verlegung der Bücherei, die nun mit diesem Projekt verwirklicht werden könne. Insofern könne er bisher keinerlei Kritikpunkte erkennen. Zu der Frage des Bürgerentscheides sei er der Ansicht, dass ein Bürgerentscheid nur dann gut sei, wenn die Initiative von den Bürgern selbst ausgehe. Bisher sei diesbezüglich allerdings nichts erkennbar. Auch im Hinblick auf die Erfahrungen in der Nachbargemeinde Bornheim könne er sich einem solchen Vorschlag nicht anschließen, da Entscheidungen in diesem Rahmen zu emotional gesteuert wären.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) ergänzt, dass der Bürgermeister auch anders an die Sache hätte herangehen können. Er habe allerdings deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er den Vorschlag nur dann offiziell einbringe, wenn er im Ältestenrat auf breite Zustimmung stoße. Dies sei der beste Beweis dafür, dass der Bürgermeister mit offenen Karten spiele.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) kritisiert nochmals die unzureichende Information über Kosten und Alternativmöglichkeiten. Er verweist auf die enorm ansteigende Verschuldung im Haushalt. Er könne nicht nachvollziehen, warum das Projekt so schnell übers Knie gebrochen werden solle und man in der Kürze der Zeit und auf der Grundlage viel zu spärlicher Informationen nun entscheiden müsse.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) bestätigt, dass man zwar Informationen habe und das Projekt in den Haushaltsreden dargestellt worden sei. Dennoch habe man heute für ein 10-Millionen-Projekt lediglich drei DIN A-4-Seiten an der Hand. Sie vermisse die Gegenüberstellung verschiedener Finanzierungsmodelle, auch unter Einbeziehung der Möglichkeiten eines PPP-Projektes sowie die Darstellung der jeweiligen Vor- und Nachteile. Sie wolle nochmals

deutlich machen, dass man nicht grundsätzlich gegen das Projekt sei, sich aufgrund der fehlenden Faktenbasis allerdings nicht zu einer Entscheidung durchringen könne.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass verschiedene Finanzierungsmodelle sowie ein PPP-Projekt noch prüfbar seien. Wenn man heute eine Grundsatzentscheidung treffe, sei mit einem Baubeginn frühestens Ende 2012 zu rechnen. Von daher könne man alle Einzelheiten insbesondere auch hinsichtlich der Finanzierung noch besprechen.

Ratsherr Gerharz (CDU) gibt zu bedenken, dass ein PPP-Modell nach einschlägiger Fachliteratur nicht immer günstiger sei. Er stellt nochmals heraus, dass es wichtig sei, dass die Finanzierung im investiven und nicht im konsumtiven Bereich stattfinde.

Stadtkämmerer Freytag bestätigt, dass das Sachanlagevermögen durch den Neubau steige.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) beantragt, heute noch keine Beschlussempfehlung an den Rat auszusprechen. Seine Fraktion habe noch weiteren Beratungsbedarf, so dass man bitte, die endgültige Entscheidung erst in der Ratssitzung zu treffen.

Der Hauptausschuss verweist die Vorlage zur Beschlussfassung an den Rat.

3.3 Gebührenkalkulation Vorlage-Nr. 24/11

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer (FDP) stellt fest, dass gemäß Anlage 3 im Bereich Straßenreinigungsgebühren eine Unterdeckung von 10 % vorhanden sei. Ihre Fraktion beantrage daher, die Gebühren soweit anzuheben, dass eine Kostendeckung erreicht werde.

Beigeordneter Schiffer erläutert, dass in die Gebührenkalkulation auch der Winterdienst mit eingerechnet sei. Die Kosten seien gerade in den letzten beiden Jahren aufgrund der außergewöhnlichen Winterverhältnisse höher als sonst gewesen. Dies sei auch ein Grund für die Unterdeckung.

Der Hauptausschuss nimmt die als Anlage beigefügten Gebührenkalkulationen für die Bereiche

1. Abwasserbeseitigung (Anlage 1)
2. Müllabfuhr (Anlage 2a und 2b)
3. Straßenreinigung (Anlage 3)

zur Kenntnis.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer (FDP) beantragt, auch die Sondernutzungsgebühren kostendeckend zu gestalten und zu den Verwaltungsgebührensätzen bei Vergleich mit den Gemeinden im Rhein-Erft-Kreis einzuholen und diese ggf. auf einen Mittelwert zu erhöhen.

Bürgermeister Kreuzberg schlägt vor, die Gebührensatzungen unabhängig vom Haushalt zu diskutieren. Der gewünschte Vergleich könne gerne eingeholt und die Satzung ggf. auch unterjährig angepasst werden.

3.4 Stellenplan

Bezug: HA 16.5.2011

Vorlage-Nr. 9/11 h

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den in der Anlage beigefügten Stellenplan 2011/2012 mit Stellenübersicht.

- einstimmig -

3.5 Abstimmung der seitens der Fraktionen gestellten Anträge zum Haushalt

hierzu auch: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 9.5.2011 zur

Straßenbeleuchtung Radweg Willy-Brandt-Straße

Vorlage-Nr. 9/11 n

Der Hauptausschuss stimmt im Folgenden über die Anträge der Fraktionen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012 ab. Die Beratungs- und Abstimmungsergebnisse sind in der als Anlage beigefügten Auflistung ersichtlich.

4. Ergebnis Verschuldungsdiagnose

Vorlage-Nr. 23/11

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters über das Ergebnis des Projekts „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ der Sparkassenfinanzgruppe zur Kenntnis.

5. Anfragen

5.1 Sondersatzungen Dichtheitsprüfungen

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erinnert an seine diesbezügliche schriftliche Anfrage, die bisher nicht beantwortet worden sei.

Beigeordneter Schiffer verweist auf die ausführliche Diskussion im Ausschuss für Tiefbau und Abwasser. Vom Grundsatz her sei beabsichtigt, es bei der festgelegten Frist bis 2015 zu belassen. Über den Zeitraum des Jahres 2015 hinaus habe man bisher noch keine Handhabe, um einzelne Bereiche möglicherweise über diesen Zeitraum hinaus schieben zu können, da sich das Abwasserbeseitigungskonzept momentan in der Fortschreibung befinde. Es sei allerdings nicht davon auszugehen, dass es Sondersatzungen gebe.

5.2 Taschendiebstähle Wochenmarkt Balthasar-Neumann-Platz

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer (FDP) berichtet, dass ihr kürzlich in einem Gespräch in der Seniorenresidenz zugetragen worden sei, dass fast alle Bewohnerinnen und Bewohnern schon einmal auf dem Wochenmarkt bestohlen worden seien. Sie fragt, was man diesbezüglich unternehmen könne.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass dies ein schwieriges Thema sei, da die Stadt ihrerseits nicht eingreifen dürfe. Man könne allerdings versuchen, hier im Rahmen der Ordnungspartnerschaft etwas zu unternehmen.

Erster Beigeordneter Brandt berichtet, dass bei der Zusammenarbeit mit dem Kommissariat Vorbeugung genau dieses Problem angesprochen worden sei. Es biete sich hier eine entsprechende Schulung hinsichtlich des Verhaltens in solchen Fällen an. Er werde daher die Sache noch einmal aufgreifen.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer (FDP) schlägt vor, evtl. auch gezielte Informationsveranstaltungen in der Seniorenresidenz durchzuführen.

5.3 Fußweg rund um den Heider Bergsee

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer (FDP) weist darauf hin, dass ein Großteil des Weges in Kies und Splitt gebettet sei. Der Weg sei daher mit Rollator oder Kinderwagen nicht nutzbar. Sie fragt, ob man einmal mit der Forstverwaltung Kontakt aufnehmen könne, um hier Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

5.4 Schulsozialarbeiterstelle Grundschulen

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) fragt, wo die entsprechende Stelle im Stellenplan wieder zu finden sei. Man habe sich intensiv selber um Aufklärung bemüht; allerdings habe das Jugendamt keine Auskunft geben können.

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf den kurzen Dienstweg. Ein Anruf beim zuständigen Personaldezernenten hätte weiter geholfen.

Beigeordneter Schiffer teilt mit, dass die Mitarbeiterin derzeit noch irgendwo anders eingesetzt sei und die Aufgabe erst zum 1. August 2011 übernehme. Der Stellenplan habe allerdings den Stand 4. Mai 2011, so dass die Stelle dort noch nicht sichtbar sei.

5.5 Kantine

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) fragt, ob die Kantine dauerhaft geschlossen bleibe.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt dies.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) fragt, was mit den Räumlichkeiten passiere.

Bürgermeister Kreuzberg antwortet, dass dies im Rahmen der künftigen Raumplanung entschieden werde.

Hauptausschuss 30.5.2011:

Abstimmung der Anträge der Fraktionen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012

Band 1, Seite....	Produktgruppe	Bezeichnung	Antragsteller	Antrag	Bemerkungen	zugestimmt	abgelehnt
56	SK 524104	Stromkosten Gebäude (Gebäusie)	GRÜNE	15.000 € mit Sperrvermerk HA: Erhöhung des Ansatzes für Strom um 3 % mit der gleichzeitigen Verpflichtung, <u>zusätzlichen</u> , geprüften und nachhaltigen Ökostrom (z.B. OK-Label) zu beziehen		einstimmig bei 1 Enthaltung	
113	11 01	Politische Gremien, Verwaltungsführung, Personalrat, RPA	FDP	80.000 € Prüfkosten für Jahresabschluss streichen, statt dessen halbe Prüfer-Stelle einrichten für Brühl und Wesseling zur eigenen Prüfung des Jahresabschlusses	Antrag seitens der FDP geändert: a) 80.000 € im Haushalt belassen, aber mit <u>Sperrvermerk HA</u> versehen b) Prüfung der Sachlage in Wesseling	zurückgezogen, aber Sperrvermerk HA	
126	11 10	Organisationsangelegenheiten, TUIV	GRÜNE	15.000 € jährlich bis 2015: Verbesserung der IT-Sicherheit	Anträge zurückgezogen unter Bezugnahme auf die Zusage der Verwaltung, bis Ende 2011 ein neues IT-Konzept vorzulegen und die Ansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen.		
126	11 10	Organisationsangelegenheiten, TUIV	fw/bVb (siehe Vorlage-Nr. 284/76 ad)	Darstellung der Kosten eines alternativen IT-Anbieters bei Inanspruchnahme der bisher bei der KDVZ bezogenen Dienstleistungen			
155	21 01	Grundschulen	GRÜNE	15.000 € Erstellung eines pädagogischen Qualitätsgutachtens der Betreuung in den OGS-Schulen (Ist-Zustand) sowie daraus resultierende Zielvereinbarungen für die weitere qualitative Entwicklung	<u>Verwaltung:</u> aufgrund umfangreicher Aktivitäten in diesem Bereich kein Bedarf <u>Fraktionen:</u> Sinn nicht erkennbar, Eigenständigkeit der Schulen beachten, wichtiges Thema, aber Gutachten zur Lösung nicht geeignet, im Rahmen Schulentwicklungsplan im Schulausschuss besprechen, Gutachten überflüssig	14 : 1 <i>(FV vom Hagen bei der Abstimmung nicht anwesend)</i>	
155	21 01	Grundschulen	GRÜNE	Erhöhung der Zuschüsse für die OGS-Trägervereine zur Verbesserung der OGS-Qualität um die Höhe der zusätzlichen Landesmittel (115 € pro OGS-Kind, 230 € pro GU-Kind), die seit dem 1.2.2011 fließen		14 : 1 <i>(FV vom Hagen bei der Abstimmung nicht anwesend)</i>	

155	21 01	Grundschulen	GRÜNE	Einstellung von Geldern für die Umsetzung von Maßnahmen zur baulichen und sächlichen Ausstattung der Brühler Schulen im Rahmen der Inklusion ab 2012			14 : 1
164	21 02	Weiterführende Schulen	GRÜNE				(FV vom Hagen bei der Abstimmung nicht anwendend)
172	21 04	Zentrale Leistungen Schüler und Beteiligte	GRÜNE	7.670 € Zuschuss an erzbischöfliche Schulen streichen			11 : 4 (FV vom Hagen bei der Abstimmung nicht anwendend)
223	36 03	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	GRÜNE	10.000 € Zuschuss für die kath. Ehe- und Familienberatungsstelle			11 : 4 (FV vom Hagen bei der Abstimmung nicht anwendend)
221	36 02	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	GRÜNE	5.000 € Unterstützung bei der Durchführung von Projekten der mobilen Jugendarbeit in den Sommermonaten		einstimmig	
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	GRÜNE	25.000 € Erstellung einer Wohnraumbedarfsanalyse			10 : 6
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	SPD	Planungskosten Ausbau Janshof vorziehen auf 2012	Verwaltung: es reicht ein Ansatz in Höhe von 25.000 €	einstimmig	
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	CDU	5.000 € Erstellung einer Strategie bzw. eines Energiekonzeptes zur Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen bei der Stadtentwicklung und Bauleitplanung in Brühl	CDU: zeitgleich verabschiedetes Konzept zur Energiewende berücksichtigen GRÜNE: externe Beratung einholen ('European Energie Award')	einstimmig bei 1 Enthaltung	
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	FDP	72.000 € „Wegeverbindung Max-Ernst-Museum / Meyersweg“ (Sachkonto 783200, Erl. S. 90): Sperrvermerk HA	Verwaltung: beschlossen im Rahmen der Innenstadt-Rahmenplanung, Anliegen Geschäfte Kölnstraße, Bezuschussung in Höhe von 60 %	Sperrvermerk = Vorschlag der Verwaltung	
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	GRÜNE	10.000 € Überplanung der Kreuzung L183 / L194 incl. neuem Ampelprogramm und/oder Kreisverkehr	Antrag zurückgezogen unter Bezugnahme auf die Zusage der Verwaltung, dass die Zuständigkeit beim Land liegt und ggf. ein neues Ampelprogramm im Rahmen des bestehenden Etats finanziert werden kann.		

260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	SPD (siehe Vorlage-Nr. 72/94 b)	50.000 €: Fertigstellung Verkehrsinsel Otto-Wels-Straße/Gesamtschule	Verwaltung: Maßnahme liegt eindeutig in der Zuständigkeit des Kreises		9 : 7
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	GRÜNE fw/bVb SPD	Beleuchtung Willy-Brandt-Straße Kosten: ca. 14.000 €			10 : 6
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	GRÜNE	15.000 € mit <u>Sperrvermerk HA</u> : Ausleuchtung DB-Unterführung Renault-Nissan-Straße	Verwaltung: Kreis ist als Straßenbaulastträger zuständig, aber Austausch Leuchtmittel seitens der Stadt Brühl geplant, zusätzlicher Tunnel für Fußgänger und Fahrradfahrer wird gebaut, Angelegenheit und Möglichkeiten im VKA besprechen CDU: lt. Kreis ist Stadt zuständig, Passanten sind hochgradig gefährdet, Wände in halber Höhe weiß streichen, Sperrvermerk einrichten GRÜNE: Unfälle häufen sich, Tunnel als Test-Objekt für LED-Ausleuchtung anbieten	einstimmig	
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	CDU	5.000 €: Verbesserung Verkehrssituation Talstraße		14 : 2	
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	CDU	7.500 €: Gehweg östlich der Straße „Am Kreuz“, Vochem, im Rahmen Anlegung Parkplatz mit ausbauen		einstimmig	
264	54 03	Verkehrliche Planung	GRÜNE	50.000 € : Umsetzung Lärminderungsplan	Verwaltung: finanzielle Notwendigkeit ergibt sich erst in 2013		14 : 2
264	54 03	Verkehrliche Planung	GRÜNE	je 25.000 € in 2011 und 2012: Umsetzung Fahrradmaßnahmenkatalog	Antrag zurückgezogen, da lt. Auskunft der Verwaltung Maßnahmenkatalog fast vollständig abgearbeitet		
264	54 03	Verkehrliche Planung	GRÜNE	10.000 €: Aktualisierung Verkehrsprognose Innenstadt auf Basis aktueller Verkehre im Zusammenhang mit Giesler-Galerie sowie Fortschreibung des daraus resultierenden Maßnahmenplans			11 : 5
266	54 04	ÖPNV	GRÜNE	Anbindung Schwadorf an Stadtbus			9 : 7
266	54 04	ÖPNV	GRÜNE	<u>Prüfauftrag</u> an Stadtwerke: Anbindung Bahnhof Kierberg und BTV-Sportzentrum an Stadtbus		einstimmig	

266	54 04	ÖPNV	CDU	Mittel ansetzen für die Herrichtung des P&R-Parkplatzes an der Haltestelle Schwadorf	Antrag zurückgezogen wegen der Problematik der Gleisüberquerung, aber Möglichkeiten sollen geprüft werden		
278	56	Umweltschutz	CDU	Betrag in Höhe von 128.000 € (Sachkonto 785200 „Ökokonto“) verwenden für den Grüngürtel zwischen Phantasialand und Bebauung		einstimmig bei 4 Enthaltungen	
278	56	Umweltschutz	GRÜNE	13.000 € für die Durchführung der Zukunftshalbzeitkonferenz streichen			13 : 3